

Gemeinderat

Fragestunde

der Einwohner bei öffentlichen Sitzungen des Gemeinderats der Stadt Aalen im Jahr 2007

Die Geschäftsordnung des Gemeinderats der Stadt Aalen sieht vor, dass Einwohner und die ihren gleichgestellten Personen und Personenvereinigungen nach § 10 Abs. 3 und 4 Gemeindeordnung (Personen, die in der Gemeinde ein Grundstück besitzen oder ein Gewerbe betreiben und nicht in der Gemeinde wohnen, juristische Personen und nicht rechtsfähigen Personenvereinigungen) bei öffentlichen Sitzungen des Gemeinderats Fragen zu Gemeindeangelegenheiten stellen oder Anregungen und Vorschläge unterbreiten können (Fragestunde).

Die Fragestunde findet in der Regel zum Schluss der ersten öffentlichen Sitzung jeden dritten Monats statt.

Um Ihnen eine Übersicht über die im Jahr 2007 stattfindenden Fragestunden zu geben, wird nachfolgende Terminübersicht veröffentlicht:

Gemeinderatssitzungen am
Donnerstag, 29. März 2007
Donnerstag, 21. Juni 2007
Donnerstag, 20. September 2007
Donnerstag, 20. Dezember 2007
jeweils um 17 Uhr.
Änderungen vorbehalten.

Sperrmüllbörse

Zu verschenken:

Fernseher, Telefon: 07361 34942;
Hochbett mit Leiter und Matratze aus Metall, Telefon: 07361 923358;
Fernseher, Marke: Philipps, Telefon: 07361 41869;
Neun Goldhamster, vier Wochen alt, Telefon: 07361 975423;
Verschiedene Flohmarktartikel, Telefon: 017651440087;
Herrenfahrrad, Telefon: 07367 2178;
Schlafzimmerschrank, Buche, 2,70 m, Telefon: 07361 360394 bis 19 Uhr;
Altes Radio, Siemens, 1954, elektrische Schreibmaschine, Triumph, leicht defekt, mehrere Kilogramm Garn und Wolle für Strickmaschine, Telefon: 07361 64508.
Wenn auch Sie etwas zu verschenken haben, dann richten Sie Ihr Angebot bis Freitag, 10 Uhr an die Stadtverwaltung Aalen, Telefon: 07361 52-1130. Nur Angebote aus dem Stadtgebiet Aalen werden veröffentlicht! Sie können Ihre Gegenstände auch über www.aalen.de, Rubrik "Aalen" melden.

Altpapiersammlung

Bringsammlung

Samstag, 30. Dezember 2006
Waldhausen von 9 bis 12 Uhr -> Schwäbischer Albverein, Ortsgruppe Waldhausen. Grüncontainerstandplatz an der Hochmeisterstraße.

Firmenbesuch:

"Ich bin begeistert, was Sie hier geschaffen haben"

Im Rahmen seiner Firmenbesuche war Oberbürgermeister Martin Gerlach kürzlich Gast bei Casting Technologies in Wasserrallingen und deren Geschäftsführer Ulrich Severing und Frank Motte.

Die Firma Casting Technologies beinhaltet neben den Gießereiprodukten der SHW mit Sitz in Wasserrallingen, Königsbrunn und Torrington (USA) auch noch zwei Gießereibetriebe in Heidenheim und Kiel. Mit fast 700 Mitarbeitern an allen Standorten berichtet Ulrich Severing, geschäftsführender Gesellschafter, von einer sehr positiven dynamischen Entwicklung des Unternehmens. Stets auf der Suche nach Fachleuten, wird auch verstärkt auf die Ausbildung eigener Spezialisten gesetzt. "Wir können nur erfolgreich sein, wenn wir Spitzenprodukte liefern". Mit dieser Kernaussage unterstreicht Severing die Bedeutung des Standortes Deutschland mit seinen hochqualifizierten und motivierten Mitarbeitern. Mit einer neuen Gießerei und einem Investitionsvolumen von über zehn Millionen Euro sollen am Standort Wasserrallingen weitere 30 Arbeitsplätze geschaffen werden. "Ich bin begeistert, was sie hier getan haben und welche eindrucksvollen Produkte in ihrem Unternehmen entstehen", sagte Oberbürgermeister Martin Gerlach. Er bezog sich auf die beeindruckenden Motorenblöcke, welche einzeln und in Handarbeit in



Oberbürgermeister Martin Gerlach (links), Geschäftsführer Ulrich Severing (Mitte) und Geschäftsführer Frank Motte (rechts).

Wasserrallingen produziert werden. Mit bis zu 20 Zylindern und einem Gewicht von 85 Tonnen werden aus diesen Motorengehäusen die Antriebsaggregate der großen Ozeanriesen. Bei einem Rundgang durch die beeindruckende Fertigung wurden durch Ulrich Severing und Frank Motte die Arbeitsprozesse erläutert. Begeistert und erfreut bedankte sich Ober-

bürgermeister Martin Gerlach für den unternehmerischen Einsatz der neuen Geschäftsleitung.

"Bei solchen dynamischen Unternehmen macht es richtig Freude, sich die weitere positive Entwicklung vorzustellen. Sie machen Mut und unterstreichen mehr die positive Erfolgsentwicklung unserer Stadt."

Hausmüll- und Bioabfuhr

Änderung der Abfuhrtermine

Auf Grund von "Neujahr" verschieben sich die Abfuhrtermine wie folgt:

Bezirk	Regulärer Abfuhrtermin	Neuer Abfuhrtermin
13 Dewangen	Montag, 1. Januar 2007	Dienstag, 2. Januar 2007
14 Fachsenfeld	Montag, 1. Januar 2007	Dienstag, 2. Januar 2007
6 Aalen-Ost	Dienstag, 2. Januar 2007	Mittwoch, 3. Januar 2007
4 Wasserrallingen-Ost/Hofen	Mittwoch, 3. Januar 2007	Donnerstag, 4. Januar 2007
3 Wasserrallingen-West	Donnerstag, 4. Januar 2007	Freitag, 5. Januar 2007
Bezirk	Regulärer Abfuhrtermin	Neuer Abfuhrtermin
3,4,13	Mittwoch, 3. Januar 2007	Freitag, 5. Januar 2007
1,2,6,9,14	Donnerstag, 4. Januar 2007	Montag, 8. Januar 2007
8,10,11	Freitag, 5. Januar 2007	Dienstag, 9. Januar 2007.

Volkshochschule

Montag, 8. Januar 2007

Vortrag: Spiele unter Linux, Johannes Kessler, 19 Uhr, Torhaus, mit anschließendem Treffen der Linux-User Group (Volks-) Hochschule Aalen, in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Technik und Wirtschaft, Eintritt frei.

Dienstag, 9. Januar 2007

Vortrag: Trennung - Scheidung und ihre rechtlichen Folgen - Vermögensauseinandersetzung und Zugewinn, Dagmar Biermann, 19 Uhr, Torhaus.

Das Gesamtprogramm finden Sie auch im Internet unter: www.vhs-aalen.de

Neue Wasserpreise ab 1. Januar 2007

Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Aalen GmbH hat in seiner Sitzung vom 15.12.2006 beschlossen, die Preise beim Wasser anzupassen.



Allgemeine Tarifpreise
je 1.000 Liter (1.000 Liter = 1 m³)

Arbeitspreis Euro/m³
(brutto) (netto)
2,02 1,89

Grundpreis
abhängig nach Zählergröße

	Bruttopreise inkl. 7 % MwSt.	Nettopreise
QN 2,5	42,80 €/Jahr	(40,00 €/Jahr)
QN 6	68,48 €/Jahr	(64,00 €/Jahr)
QN 10	102,72 €/Jahr	(96,00 €/Jahr)
QN 15	119,84 €/Jahr	(112,00 €/Jahr)
QN 40	205,44 €/Jahr	(192,00 €/Jahr)
QN 60	291,04 €/Jahr	(272,00 €/Jahr)

Verbundwasserzähler

QN 15	376,64 €/Jahr	(352,00 €/Jahr)
QN 40	513,60 €/Jahr	(480,00 €/Jahr)
QN 60	599,20 €/Jahr	(560,00 €/Jahr)

Anmerkung: Die Bruttopreise sind gerundet.

Informationen zur Suchtvorbeugung

Jugendschutz geht alle an

Seit drei Jahren arbeiten Kreisjugendring, Polizeidirektion und Landratsamt konsequent an der Umsetzung eines Jugendschutzkonzeptes.

Ziel des gemeinsamen Projektes ist es, Verkauf und Konsum von Alkohol an Kinder und Jugendliche ebenso zu verhindern, wie die Anwesenheit bei sogenannten Tanzveranstaltungen. In einer 4. Stufe wenden sich die Veranstalter gemeinsam mit dem Sportkreis Ostalb direkt vor der Faschings-Saison an Verantwortliche und Führungskräfte aus Vereinen. In speziell für Sie organisierten Informationsveranstaltungen sollte insbesondere aufgezeigt werden, welche "Modelle guter Praxis" funktionieren und welche Voraussetzungen zu beachten sind.

damit eine "Tanzveranstaltung" ohne Verletzung der Jugendschutzbestimmungen verläuft.

Die Veranstaltungen finden zu folgenden Terminen statt:

Aalen-Waldhausen
Vereinsheim SV Waldhausen, **Mittwoch, 10. Januar 2007, 19.30 Uhr**
Aalen
Vereinsheim, TSG Hofhermweiler, **Mittwoch, 17. Januar 2007, 19.30 Uhr.**

Weitere Informationen erhalten Sie beim Suchtbeauftragten des Landkreises, Berthold Weiß, unter Telefon: 07361 503 293, oder bei Kreisjugendring, Michael Baltes, unter Telefon: 07361 503 287.

Café Samocca

Lesung mit Hellmuth Karasek

Der bekannte Literaturkritiker und Autor Hellmuth Karasek kommt zu einer Lesung nach Aalen ins Café Samocca. Am **Freitag, 23. Februar 2007** um 19.30 Uhr wird er aus seinem aktuellen Buch "Süßer Vogel Jugend" oder "Der Abend wirft längere Schatten" lesen.

Wer alt wird hat Glück - schon allein weil er erlebt und erkennt, welches Unglück das Alter ist: Ein Fluch, den man zum Segen erklären muss, nichts anderes bleibt einem übrig. Wie will man aus auch unabweidbarem Verfall und unaufhaltsamer Zerstörung anders begegnen, als mit Trotz? Oder ist der glücklicher, dem das

Alter erspart bleibt? Und was ist mit den Jungen, denen eine stetig wachsende Zahl von Alten im Weg steht? Hellmuth Karasek sieht das Leben als Fallbeispiel, jedenfalls so lange man noch aufstehen kann.

Hellmuth Karasek leitete über 20 Jahre das Kulturreport des Nachrichtenmagazins "Der Spiegel", war Mitherausgeber des Berliner Tagesspiegel und ist jetzt Autor für "Die Welt" und "Welt am Sonntag".

Karten für diese Lesung sind erhältlich beim Touristik-Service Aalen, Telefon: 07361 52-2359.

Öffentliche Bekanntmachung

Beteiligungsbericht 2005

7. Beteiligungsbericht der Stadt Aalen - "Beteiligungsbericht 2005 der Stadt Aalen"

Aufgrund von § 105 Abs. 2 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24. Juli 2000 (GBl. Seite 581, berichtigt Seite 698), geändert durch Gesetze vom 19. Dezember 2000 (GBl. Seite 745), vom 28. Mai 2003 (GBl. Seite 271), vom 1. Juli 2004 (GBl. Seite 469), vom 14. Dezember 2004 (GBl. Seite 882, Seite 884, Seite 895), vom 28. Juli 2005 (GBl. Seite 578), vom 1. Dezember 2005 (GBl. Seite 705) und vom 14. Februar 2006 (GBl. Seite 20) wurde dem Gemeinderat in öffentlicher Sitzung am 21. Dezember 2006 der 7. Beteiligungsbericht der Stadt Aalen - "Beteiligungsbericht 2005 der Stadt Aalen" vorgelegt.

Der 7. Beteiligungsbericht der Stadt Aalen - "Beteiligungsbericht 2005 der Stadt Aalen" - ist entsprechend § 105 Abs. 3 in Verbindung mit Abs. 1 Nr. 2 b Gemeindeordnung in der Zeit von Freitag 29. Dezember 2006 bis Freitag 12. Januar 2007, ausgenommen an Samstagen, Sonntagen und Feiertagen während der üblichen Dienststunden im Rathaus, Marktplatz 30, 73430 Aalen. Kämmereramt, Zimmer 321, zur Einsichtnahme öffentlich ausgelegt.

Aalen, 22. Dezember 2006

gez.
Martin Gerlach
Oberbürgermeister

Stadtbibliothek

Literatur-Treff im Januar:

Arnold Zweig: Verklungene Tage

Der deutsch-jüdische Schriftsteller Arnold Zweig (1887-1968) ist heute fast vergessen. Wenn überhaupt noch, dann ist er in erster Linie als Autor antimilitaristischer und gesellschaftskritischer Romane bekannt. In Westdeutschland stand man dem engagierten Kommunisten, der nach der Rückkehr aus dem Exil bis zu seinem Tod aus Überzeugung im Ostteil Deutschlands lebte, ohnehin reserviert gegenüber.

Im Literatur-Treff am **Dienstag, 2. Januar 2007** um 17 Uhr, und ein weiteres Mal am Donnerstag, 4. Januar um 10 Uhr, wird Dipl.-Bibl. Michael Steffel Arnold Zweig von einer anderen Seite vorstellen: Seine Laufbahn als Schriftsteller begann Zweig nämlich als typischer Vertreter der ästhetizistischen Literatur der vorletzten Jahrhundertwende. Im Mittelpunkt steht dabei sein 1938 erschienener, in den Grundzügen aber bereits 1909 entstandener Roman "Verklungene Tage", der dieser Schaffensperiode zuzuordnen ist. Dieser Liebesroman schildert mit ironischer Distanz Lieben und Leiden junger Intellektueller im München der letzten Jahre vor Ausbruch des 1. Weltkriegs und ist zugleich ein wehmütiger Nachruf auf eine versunkene Epoche.

Der Eintritt zu diesen Veranstaltungen ist wie immer frei.

Verloren - Gefunden

Fahrradrücklicht, Fundort: FH Aalen; Kleidung, Damentaschen, Kinderarmbanduhr, Kleidersack und ein Damenrad, Fundort: Aalen.

Zu erfragen beim Fundamt Aalen, Telefon: 07361 52-1081.

Öffentliche Bekanntmachungen

Satzung der Freiwilligen Feuerwehr mit Abteilungen der Stadt Aalen

Auf Grund des § 4 der Gemeindeordnung von Baden-Württemberg in Verbindung mit den § 6 Abs. 3 Satz 1 und Abs. 4 Satz 2, § 7 Abs. 1 Satz 1, § 18 Abs. 1 Satz 2 und 3, § 18a Abs. 1 und 4 des Feuerwehrgesetzes von Baden-Württemberg hat der Gemeinderat der Stadt Aalen am 21.12.2006 folgende Satzung für die Freiwillige Feuerwehr Aalen mit Abteilungen der Stadt Aalen beschlossen:

Präambel

Die Stadt Aalen hat nach § 3 des Feuerwehrgesetzes von Baden-Württemberg die Pflichtaufgabe, eine den örtlichen Verhältnissen entsprechende leistungsfähige Feuerwehr mit einem geordneten Lösch- und Rettungsdienst aufzustellen und zu unterhalten. Dieser Aufgabe kommt die Stadt Aalen durch die Bereitstellung von Feuerwehrabteilungen mit freiwilligen Feuerwehrkräften nach.

Nach einer Neustrukturierung des Feuerwehres der Stadt Aalen im Jahr 1998 wird nun mit der neuen Satzung nachvollzogen, was sich in den Jahren seither fortentwickelt hat. Außerdem sind gesetzliche Neuregelungen zu berücksichtigen.

§ 1

Name und Gliederung der Freiwilligen Feuerwehr

- (1) Die Freiwillige Feuerwehr Aalen, in dieser Satzung Feuerwehr genannt, ist eine gemeinnützige, der Nächstenhilfe dienende Einrichtung der Stadt Aalen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
- (2) Die Feuerwehr besteht aus:
 - den Abteilungen: Aalen (1), Dewangen (2), Ebnat-Waldhausen (3), Unterkochen (4), Wasseralfingen-Hofen (5), Fachsenfeld (6)
 - der Altersabteilung bei den jeweiligen Abteilungen,
 - der Jugendabteilung,
 - dem Spielmannszug bei der Abteilung Aalen.

§ 2

Aufgaben

- (1) Die Feuerwehr hat bei Schadenfeuer (Bränden) und öffentlichen Notständen, die durch Naturereignisse, Einstürze, Unglücksfälle und dgl. verursacht sind, Hilfe zu leisten und den Einzelnen und das Gemeinwesen vor hierbei drohenden Gefahren zu schützen. Im Übrigen hat die Feuerwehr zur Rettung von Menschen und Tieren aus lebensbedrohlichen Lagen technische Hilfe zu leisten (§ 2 Abs. 1 Feuerwehrgesetz).
- (2) Die Feuerwehr kann auch bei anderen Notlagen zur Hilfeleistung für Menschen und Tiere und zur Hilfeleistung für Schiffe herangezogen und mit Maßnahmen der Brandverhütung, insbesondere mit dem Feuerwehrsicherheitsdienst in Theatern, Versammlungen, Ausstellungen und auf Märkten, beauftragt werden. Zuständig ist der Oberbürgermeister.
- (3) In Erfüllung ihrer Aufgaben hat die Feuerwehr insbesondere:
 1. die aktiven Angehörigen der Gemeindefeuerwehr nach den jeweiligen Vorschriften aus- und fortzubilden - es sollen mindestens zwanzig Übungen im Jahr durchgeführt werden,
 2. die Ausbildung in Erster Hilfe zu fördern,
 3. im Katastrophenschutz mitzuwirken,
 4. die Brandschutzaufklärung und Brandschutzerziehung der Bevölkerung zu unterstützen.

§ 3

Aufnahme in die Feuerwehr

- (1) Voraussetzung für die Aufnahme der ehrenamtlich Tätigen in die aktiven Abteilungen der Feuerwehr sind:
 - Vollendung des 18. Lebensjahres,
 - ein guter Ruf,
 - körperliche und geistige Tauglichkeit für den Feuerwehrdienst - die Tauglichkeit ist durch eine ärztliche Bescheinigung nachzuweisen (G 26-Untersuchung) -,
 - schriftliche Verpflichtung zu einer längeren Dienstzeit - diese soll mindestens 10 Jahre betragen -.
- (2) Die Bewerber sollen in keiner anderen Hilfsorganisation aktiv tätig sein und dürfen nicht ungeeignet im Sinne des § 10 Abs. 2 des Feuerwehrgesetzes sein.
- (2) Bei Personen mit besonderen Fähigkeiten und Kenntnissen (§ 10 Abs. 4 Feuerwehrgesetz) kann der Feuerwehrausschuss im Einzelfall die Aufnahme abweichend von Abs. 1 Satz 1 regeln.
- (3) Aufnahmegesuche sind schriftlich an den Abteilungskommandanten zu richten. Über die Aufnahme entscheidet der Feuerwehrausschuss; der Abteilungsausschuss der Abteilung, der der Bewerber angehören soll, ist zu hören.
- (4) Ein Rechtsanspruch auf Aufnahme

besteht nicht; eine Ablehnung ist dem Gesuchsteller durch die Verwaltung schriftlich mitzuteilen.

- (5) Jeder Angehörige der Gemeindefeuerwehr erhält auf Antrag einen Dienstausweis.

§ 4

Beendigung des Feuerwehrdienstes

- (1) Der aktive Feuerwehrdienst endet, wenn der ehrenamtlich tätige Angehörige der Gemeindefeuerwehr:
 - das 65. Lebensjahr vollendet hat,
 - infolge eines körperlichen Gebrechens oder wegen Schwäche seiner körperlichen und/oder geistigen Kräfte zur Erfüllung seiner Dienstpflichten dauernd unfähig ist,
 - ungeeignet zum Feuerwehrdienst nach § 10 Abs. 2 des Feuerwehrgesetzes wird oder
 - entlassen oder ausgeschlossen wird (Abs. 2, 3 und 6).

- (2) Ein ehrenamtlich tätiger Feuerwehrangehöriger ist auf seinen Antrag zu entlassen, wenn der Dienst in der Feuerwehr für ihn aus persönlichen oder beruflichen Gründen eine besondere Härte bedeutet.
- (3) Ein ehrenamtlich tätiger Feuerwehrangehöriger, der seine Wohnung in eine andere Gemeinde verlegt, ist auf seinen Antrag aus dem Feuerwehrdienst zu entlassen. Er kann nach Anhörung des Feuerwehr- und Abteilungskommandanten auch ohne seinen Antrag entlassen werden. Der Feuerwehrangehörige, der seine Wohnung in eine andere Gemeinde verlegt, hat dies binnen einer Woche dem Abteilungskommandanten schriftlich anzuzeigen.
- (4) Ein ehrenamtlich tätiger Feuerwehrangehöriger kann aus dem Feuerwehrdienst entlassen werden, wenn die Abteilung, der er angehört, aufgelöst wird.
- (5) Über die Entlassung entscheidet der Oberbürgermeister. Der Antrag auf Entlassung ist unter Angabe der Gründe schriftlich über den Abteilungskommandanten beim Feuerwehrkommandanten einzureichen.
- (6) Ein ehrenamtlich tätiger Feuerwehrangehöriger kann bei fortgesetzter Nachlässigkeit im Dienst oder bei schweren Verstößen gegen die Dienstpflichten durch den Gemeinderat nach Anhörung des Feuerwehrausschusses aus der Feuerwehr ausgeschlossen werden (§ 12 Abs. 4 Feuerwehrgesetz). Der Feuerwehrausschuss hat vor seiner Stellungnahme den Abteilungsausschuss zu hören.
- (7) Der Oberbürgermeister stellt die Beendigung des Feuerwehrdienstes durch schriftlichen Bescheid fest. Angehörige der Gemeindefeuerwehr, die ausgeschieden sind, erhalten auf Antrag eine Bescheinigung über die Zugehörigkeit zur Feuerwehr.

§ 5

Rechte und Pflichten der Angehörigen der Gemeindefeuerwehr

- (1) Die aktiven Angehörigen der Gemeindefeuerwehr haben das Recht, den ehrenamtlich tätigen Feuerwehrkommandanten, den/die Stellvertreter und die Mitglieder des Feuerwehrausschusses zu wählen. Die aktiven Angehörigen der Abteilung haben außerdem das Recht, ihren Abteilungskommandanten, seinen Stellvertreter und die Mitglieder ihres Abteilungsausschusses zu wählen.
- (2) Die ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr erhalten nach Maßgabe des § 15 Feuerwehrgesetz und der örtlichen Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr eine Entschädigung.
- (3) Die ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr erhalten bei Sachschäden, die sie in Ausübung oder infolge des Feuerwehrdienstes erleiden, einen Ersatz nach Maßgabe des § 16 Feuerwehrgesetz.
- (4) Die ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr sind für die Dauer der Teilnahme an Einsätzen oder an der Aus- und Fortbildung nach Maßgabe des § 17 Feuerwehrgesetz von der Arbeits- oder Dienstleistung freigestellt.
- (5) Die ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr sind verpflichtet (§ 14 Abs. 1 Feuerwehrgesetz):
 - am Dienst und an den Aus- und Fortbildungslehrgängen regelmäßig und pünktlich teilzunehmen,
 - bei Alarm sich unverzüglich zum Dienst am Alarmplatz einzufinden,
 - den dienstlichen Weisungen der Vorgesetzten nachzukommen,
 - im Dienst ein vorbildliches Verhalten zu zeigen und sich den anderen Angehörigen der Feuerwehr gegenüber kameradschaftlich zu verhalten,
 - die Ausbildungs- und Unfallverhütungsvorschriften für den Feuerwehrdienst zu beachten,
 - die ihnen anvertrauten Ausrüstungsstücke, Geräte und Einrichtungen gewissenhaft zu pflegen und sie nur zu dienstlichen Zwecken zu benutzen,
 - Wohnungswechsel binnen einer Woche dem Abteilungskommandanten schriftlich anzuzeigen.
- (6) Die aktiven Angehörigen der Gemeindefeuerwehr haben eine Abwesenheit von länger als zwei Wochen dem Feuerwehrkommandanten oder dem von ihm Beauftragten rechtzeitig vorher anzuzeigen und eine Dienstverhinderung bei ihrem Vorgesetzten vor dem Dienstbeginn zu melden, spätestens jedoch am folgenden Tage die Gründe hierfür zu nennen.
- (7) Verletzt ein ehrenamtlich tätiger Angehöriger der Gemeindefeuerwehr schuldhaft die ihm obliegenden Dienstpflichten, so kann ihm der Feuerwehrkommandant einen Verweis erteilen oder ihn vorläufig des Dienstes entheben. Grobe Verstöße kann der Oberbürgermeister auf Antrag des Feuerwehrkommandanten gemäß dem Feuerwehrgesetz ahnden.

§ 6

Altersabteilung

- (1) In die Altersabteilung wird unter Überlassung der Dienstkleidung übernommen, wer das 65. Lebensjahr vollendet hat oder dauernd dienstunfähig im Sinne des § 4 Abs. 1 Nr. 2 dieser Satzung ist und keine gegenteilige Erklärung abgibt.
- (2) Der Feuerwehrausschuss kann auf Antrag im Einzelfall Angehörige der Feuerwehr aus der aktiven Abteilung in die Altersabteilung übernehmen, wenn sie durch besondere Verdienste ausgezeichnet oder das silberne Feuerwehrabzeichen erhalten haben.
- (3) Die Obmänner der Altersabteilung werden von den Angehörigen ihrer Altersabteilung auf die Dauer von 5 Jahren gewählt. Ein Sprecher wird vom Feuerwehrausschuss bestellt.

§ 7

Jugendabteilung

- (1) Die Jugendabteilung besteht aus den Jugendfeuerwehren, die auf Beschluss des Feuerwehrausschusses bei den Abteilungen gebildet werden. Die Jugendfeuerwehren führen den Namen "Freiwillige Feuerwehr Aalen - Jugendfeuerwehr >Abteilungsname<".
- (2) Die Aktivitäten der Jugendfeuerwehr sind in einem Dienstplan mindestens halbjährig vorab über den Abteilungskommandanten vom Feuerwehrkommandanten zu genehmigen. Bei der Ausbildung und Ausübung der Jugendarbeit ist die Leistungsfähigkeit der Anwärter in besonderem Maße zu berücksichtigen.
- (3) In die Jugendfeuerwehr können Personen zwischen dem vollendeten 10. und dem vollendeten 18. Lebensjahr als Anwärter aufgenommen werden, wenn sie dafür geeignet sind. Über die Aufnahme berät der Jugendausschuss und legt den Aufnahmeantrag zur Entscheidung dem Abteilungsausschuss vor (§ 3 Abs. 4 gilt entsprechend). Die Aufnahme muss mit schriftlicher Zustimmung der Erziehungsberechtigten beantragt werden. Das Mindestaufnahmearter zur Jugendfeuerwehr der Abteilung kann vom Jugendausschuss mit Zustimmung des Abteilungsausschusses auf 12 Jahre angehoben werden.
- (4) Die Zugehörigkeit zur Jugendfeuerwehr endet, wenn die Person:
 - in die Feuerwehr als aktiver Angehöriger aufgenommen wird,
 - aus der Jugendfeuerwehr austritt,
 - die Erziehungsberechtigten ihre Zustimmung schriftlich zurücknehmen,
 - bei fortgesetzter Nachlässigkeit im Dienst oder bei Verstößen gegen die Kameradschaft durch den Feuerwehrkommandanten nach Anhörung des Abteilungsausschusses ausgeschlossen wird. Der Abteilungsausschuss hat vor seiner Stellungnahme den Jugendausschuss zu hören.
- (5) Organe der Jugendabteilung sind:
 1. Ausschuss der Jugendfeuerwehrwart
 2. Mitgliederversammlung der Jugendfeuerwehr
 3. Jugendausschuss der Jugendfeuerwehr
- (6) Der Ausschuss der Jugendfeuerwehrwart setzt sich zusammen aus:
 - Dem Stadtjugendfeuerwehrwart (Vorsitz)
 - und seinem Stellvertreter
 - den Jugendfeuerwehrwarten der Abteilungeninsbesondere hat dieser die Aufgabe:
 - gemeinsame Veranstaltungen der Ju-

- gendabteilung zu planen
 - dem Feuerwehrausschuss geeignete Kandidaten zur Wahl des Stadtjugendfeuerwehrwartes zu benennen
 - einen stellvertretenden Stadtjugendfeuerwehrwart zu wählen.
- (7) Die Jugendfeuerwehr der Abteilung führt jährlich eine Mitgliederversammlung durch, § 16 gilt sinngemäß.
 - (8) Der Jugendfeuerwehrwart muss aktives Mitglied der Gemeindefeuerwehr sein. Er führt die Jugendfeuerwehr an. Er soll die Anforderungen nach VwV - Feuerwehrausbildung Innenministerium Baden - Württemberg erfüllen. Die Mitgliederversammlung der Jugendfeuerwehr wählt den Jugendfeuerwehrwart auf die Dauer von 5 Jahren. Die Abteilungsversammlung bestätigt diese Wahl. Der Feuerwehrkommandant kann geeignet erscheinende Angehörige der Gemeindefeuerwehr mit der vorläufigen Leitung der Jugendfeuerwehr beauftragen.
 - (9) Der Jugendausschuss setzt sich zusammen aus:
 - dem Jugendfeuerwehrwart
 - seiner/s für zwei Jahre gewählten Stellvertreter/s (Max. 2) (Abs. 8 gilt sinngemäß)
 - den Gruppenleitern / Betreuern (Einer pro 9 Jugendliche) Diese müssen das 18 Lebensjahr vollendet haben
 - Beisitzer (Einer pro angefangene 9 Jugendliche,) für ein Jahr gewählt.
 - (10) Der Stadtjugendfeuerwehrwart (Abs. 8 gilt entsprechend) wird durch die Hauptversammlung auf Vorschlag des "Ausschusses der Jugendfeuerwehrwart" gewählt.
 - (11) Der Jugendfeuerwehrwart hat Sitz und Stimme im Abteilungsausschuss.

§ 8

Spielmannszug

- (1) In den Spielmannszug können Personen ab dem vollendeten 10. Lebensjahr aufgenommen werden, wenn sie dafür geeignet sind. Die Aufnahme muss mit schriftlicher Zustimmung der Erziehungsberechtigten beantragt werden. Der Stabführer legt den Aufnahmeantrag zur Entscheidung dem Abteilungsausschuss vor (§ 3 Abs. 4 gilt entsprechend).
- (2) Die Zugehörigkeit zum Spielmannszug endet, wenn die Person:
 - aus dem Spielmannszug austritt,
 - die Erziehungsberechtigten ihre Zustimmung schriftlich zurücknehmen,
 - bei fortgesetzter Nachlässigkeit im Dienst oder bei Verstößen gegen die Kameradschaft durch den Feuerwehrkommandanten nach Anhörung des Abteilungsausschusses ausgeschlossen wird. Der Abteilungsausschuss hat vor seiner Stellungnahme den Stabführer zu hören.
- (3) Der Stabführer und sein Stellvertreter werden von den Angehörigen des Spielmannszuges, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, auf die Dauer von fünf Jahren gewählt. Er führt den Spielmannszug an und muss das 18. Lebensjahr vollendet haben. Der Feuerwehrkommandant kann geeignete erscheinende Angehörige der Gemeindefeuerwehr mit der vorläufigen Leitung des Spielmannszuges beauftragen. Der Stabführer hat Sitz und Stimme im Abteilungsausschuss.

§ 9

Organe der Feuerwehr

Organe der Feuerwehr sind:

1. Feuerwehrkommandant,
2. Feuerwehrausschuss,
3. Hauptversammlung.

§ 10

Feuerwehrkommandant, stellvertretender Feuerwehrkommandant

- (1) Der Leiter der Feuerwehr ist der Feuerwehrkommandant.
- (2) Er und/oder seine Stellvertreter sind entweder ehrenamtlich oder hauptberuflich tätig. Soweit sie ehrenamtlich tätig sind, werden diese von den aktiven Angehörigen der Abteilungen in der Hauptversammlung in geheimer Wahl für die Dauer von fünf Jahren gewählt.
- (3) Gewählt werden kann nur, wer:
 - der Feuerwehr aktiv angehört,
 - über die für dieses Amt erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen verfügt und
 - die nach den Verwaltungsvorschriften des Innenministeriums erforderlichen persönlichen und fachlichen Voraussetzungen erfüllt.
- (4) Der ehrenamtliche Feuerwehrkommandant und seine ehrenamtlichen Stellvertreter werden nach der Wahl und nach Zustimmung durch den Gemeinderat vom Oberbürgermeister bestellt.
- (5) Der ehrenamtliche Feuerwehrkommandant und seine ehrenamtlichen Stellvertreter haben ihr Amt nach Ablauf ihrer Amtszeit oder im Falle ihres vorzeitigen Ausscheidens bis zum Dienstantritt eines Nachfolgers weiterzuführen. Kommt binnen eines Monats nach Freierwerden der Stelle oder nach Versagung der Zustimmung keine Neuwahl zustande, bestellt der Oberbürgermeister den vom Gemeinderat gewählten Feuerwehrangehörigen zum Feuerwehrkommandanten oder seinen Stellvertreter (§ 8 Abs. 2 Satz 2 Feuerwehrgesetz). Diese Bestellung endet mit der Bestellung eines Nachfolgers.

- (6) Der Feuerwehrkommandant ist für die Leistungsfähigkeit der Feuerwehr verantwortlich (§ 9 Abs. 1 Satz 1 Feuerwehrgesetz) und führt die ihm durch Gesetz und diese Satzung übertragenen Aufgaben durch. Er hat insbesondere:
 - auf die Aus- und Fortbildung der Angehörigen der Gemeindefeuerwehr hinzuwirken (§ 9 Abs. 1 Satz 2 Feuerwehrgesetz),
 - die erforderlichen Ausbildungspläne aufzustellen und dem Oberbürgermeister rechtzeitig mitzuteilen,
 - auf den Besuch von Lehrgängen hinzuwirken,
 - die Zusammenarbeit der aktiven Abteilungen bei Übungen und Einsätzen zu regeln,
 - die Tätigkeit des Kassenverwalters sowie der Gerätewarte zu überwachen,
 - dem Oberbürgermeister über Dienstbesprechungen zu berichten,
 - auf eine ordnungsgemäße Ausrüstung hinzuwirken (§ 9 Abs. 1 Satz 2 Feuerwehrgesetz),
 - auf die Instandhaltung der Feuerwehrgeräte und -einrichtungen hinzuwirken (§ 9 Abs. 1 Satz 2 Feuerwehrgesetz),
 - Beanstandungen in der Löschwasser Versorgung dem Oberbürgermeister mitzuteilen.
- (7) Der Feuerwehrkommandant hat den Oberbürgermeister und den Gemeinderat in allen feuerwehrtechnischen Angelegenheiten zu beraten. Er soll zu den Beratungen der Gemeindeorgane über Angelegenheiten der Feuerwehr mit beratender Stimme zugezogen werden. Es können ihm weitere Aufgaben des Brandschutzes übertragen werden (§ 9 Abs. 2 Feuerwehrgesetz).
- (8) Die stellvertretenden Feuerwehrkommandanten haben den Feuerwehrkommandanten zu unterstützen und ihn in seiner Abwesenheit mit allen Rechten und Pflichten zu vertreten.
- (9) Der ehrenamtliche Feuerwehrkommandant und seine ehrenamtlichen Stellvertreter können vom Gemeinderat nach Anhörung des Feuerwehrausschusses abberufen werden.
- (10) Vor der Bestellung eines hauptberuflich tätigen Feuerwehrkommandanten oder eines hauptberuflich tätigen Stellvertreters des Feuerwehrkommandanten ist der Feuerwehrausschuss zu hören.

§ 11

Abteilungen

- (1) Organe der Abteilung sind:
 1. Der Abteilungskommandant,
 2. der Abteilungsausschuss,
 3. die Abteilungsversammlung.
- (2) Der Leiter der Abteilung ist der Abteilungskommandant.
- (3) Er und/oder seine Stellvertreter sind entweder ehrenamtlich oder hauptberuflich tätig.
- (4) Der ehrenamtliche Abteilungskommandant und seine ehrenamtlichen Stellvertreter werden von den aktiven Angehörigen der Abteilung gewählt. Hierbei sind die Strukturen der jeweiligen Abteilung zu berücksichtigen. Im übrigen gilt § 10 Abs. 3 bis 7 und 9 bis 10 dieser Satzung entsprechend.
- (5) Die Abteilungskommandanten sind für die Einsatzbereitschaft ihrer Abteilung verantwortlich und führen sie nach Weisung des Feuerwehrkommandanten.
- (6) Der ehrenamtliche Abteilungskommandant und sein Stellvertreter können vom Gemeinderat nach Anhörung des Feuerwehrausschusses und des Abteilungsausschusses abberufen werden.

§ 12

Ehrenmitglieder

- Der Gemeinderat kann auf Vorschlag des Feuerwehrausschusses
1. bewährten Feuerwehrkommandanten und Abteilungskommandanten nach Beendigung ihrer aktiven Dienstzeit die Eigenschaft als Ehrenkommandant und
 2. Personen, die sich um das örtliche Feuerwehrewesen besondere Verdienste erworben haben oder zur Förderung des Brandschutzes wesentlich beigetragen haben, die Eigenschaft als Ehrenmitglied verleihen.

§ 13

Unterführer

- (1) Die Unterführer (Zug- und Gruppenführer) dürfen nur bestellt werden, wenn sie:
 - der Feuerwehr aktiv angehören,
 - über die für ihr Amt erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen verfügen und
 - die nach den Verwaltungsvorschriften des Innenministeriums erforderlichen persönlichen und fachlichen Voraussetzungen erfüllen.
- (2) Die Unterführer werden vom Abteilungskommandanten im Einvernehmen mit dem Feuerwehrkommandanten auf Vorschlag des Abteilungsausschusses auf die Dauer von 5 Jahren bestellt. Der Feuerwehrkommandant kann die Bestellung nach Anhörung des Feuerwehrausschusses widerrufen.
- Die Unterführer haben ihre Dienststellung nach Ablauf ihrer Amtszeit oder im Falle eines vorzeitigen Ausscheidens bis zur

Öffentliche Bekanntmachungen

Fortsetzung von Seite - 2 -

Bestellung des Nachfolgers wahrzunehmen.
(3) Die Unterführer führen ihre Aufgaben nach den dienstlichen Weisungen der Vorgesetzten aus.

§ 14

Schriftführer, Kassenverwalter, Gerätewart

(1) Der Schriftführer und der Kassenverwalter wird vom Feuerwehrausschuss auf 5 Jahre gewählt.

(2) Die ehrenamtlichen Gerätewarte werden vom Feuerwehrrkommandanten nach Anhörung des Feuerwehrausschusses eingesetzt und abberufen.
Vor der Übertragung der Aufgaben des Feuerwehrrgerätewarts auf einen Gemeindebediensteten ist der Feuerwehrausschuss zu hören.

(3) Der Schriftführer hat über die Sitzungen des Feuerwehrausschusses und über die Hauptversammlung jeweils eine Niederschrift zu fertigen und in der Regel die schriftlichen Arbeiten der Feuerwehr zu erledigen.

(4) Der Kassenverwalter hat die Kameradschaftskasse zu verwalten und sämtliche Einnahmen und Ausgaben nach der Ordnung des Wirtschaftsplans zu verbuchen. Zahlungen darf er nur auf Grund Belegen und schriftlichen Auszahlungsanweisungen des Feuerwehrrkommandanten annehmen und leisten. Die Gegenstände des Sondervermögens sind ab einem Wert von 100 • in einem Bestandsverzeichnis nachzuweisen.

(5) Die Gerätewarte haben die Feuerwehreinrichtungen und die Ausrüstung zu verwahren und zu pflegen. Mängel sind unverzüglich dem Feuerwehrrkommandanten zu melden.

(6) Für Schriftführer, Kassenverwalter und Gerätewart in den Abteilungen gelten die Abs. 1 bis 5 sinngemäß.

§ 15

Feuerwehrausschuss und Abteilungsausschuss

(1) Der Feuerwehrausschuss setzt sich wie folgt zusammen:
Feuerwehrrkommandant, der oder die Stellvertreter des Kommandanten, Stadtjugendfeuerwehrwart, aus den Abteilungen:

- | | |
|----------------------|--------------|
| Aalen | 3 Mitglieder |
| Dewangen | 2 Mitglieder |
| Ebnat-Waldhausen | 2 Mitglieder |
| Fachsenfeld | 2 Mitglieder |
| Unterkochen | 2 Mitglieder |
| Wasseralfingen-Hofen | 2 Mitglieder |
- Davon gehören dem Feuerwehrausschuss bereits als Mitglieder kraft Amtes an:
- Der Feuerwehrrkommandant als Leiter der Feuerwehr,
 - der oder die Stellvertreter des Feuerwehrrkommandanten,
 - die Abteilungskommandanten der aktiven Abteilungen,
 - der Stadtjugendfeuerwehrwart.
- Sofern Schriftführer und Kassenverwalter nicht nach Absatz 1 in den Feuerwehrausschuss gewählt werden, gehören sie diesem ohne Stimmberechtigung an.

(2) Der Vorsitzende beruft die Sitzung des Feuerwehrausschusses ein. Er ist hierzu verpflichtet, wenn dies mindestens 1/3 der Mitglieder verlangt. Die Einladung mit der Tagesordnung soll den Mitgliedern mindestens drei Tage vor der Sitzung zugehen. Der Feuerwehrausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind.

(3) Der Oberbürgermeister ist von den Sitzungen des Feuerwehrausschusses durch Übersenden einer Einladung mit Tagesordnung rechtzeitig zu benachrichtigen. Er kann an den Sitzungen jederzeit teilnehmen oder sich durch Beauftragte vertreten lassen.

(4) Beschlüsse des Feuerwehrausschusses werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt.

(5) Die Sitzungen des Feuerwehrausschusses sind nichtöffentlich. Über jede Sitzung wird eine Niederschrift gefertigt.

(6) Der Feuerwehrrkommandant kann zu den Sitzungen auch andere Angehörige der Gemeindefeuerwehr beratend hinzuziehen.

(7) Bei Verhinderung eines gewählten Ausschussmitglieds aus den Abteilungen kann dieser eine Vertretung aus dem Abteilungsausschuss mit Stimmrecht entsenden.

(8) Bei jeder Abteilung ist ein Abteilungsausschuss zu bilden. Er besteht

aus dem Abteilungskommandanten als Vorsitzenden und seiner Stellvertretung. Der Abteilungsausschuss soll aus mindestens fünf, höchstens acht Personen bestehen. Die Anzahl wird von dem Abteilungsausschuss im Rahmen dieser Vorgabe festgelegt.

Die Abs. 1 bis 6 gelten für sie sinngemäß. Der Feuerwehrrkommandant ist zu den Sitzungen einzuladen; er kann sich an den Beratungen jederzeit beteiligen.

(9) Die übrigen Mitglieder des Feuerwehrausschusses werden auf die Dauer von 5 Jahren in den Abteilungsversammlungen gewählt und in der Hauptversammlung bestätigt.

§ 16

Hauptversammlung und Abteilungsausschuss

(1) Unter dem Vorsitz des Feuerwehrrkommandanten findet jährlich mindestens eine ordentliche Hauptversammlung der Angehörigen der Gemeindefeuerwehr statt. Der Hauptversammlung sind alle wichtigen Angelegenheiten der Feuerwehr, soweit für deren Behandlung nicht andere Organe zuständig sind, zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. In der Hauptversammlung hat der Feuerwehrrkommandant einen Bericht über das vergangene Jahr und der Kassenverwalter einen Bericht über den Rechnungsabschluss zu erstatten. Die Hauptversammlung beschließt über den Rechnungsabschluss.

(2) Die Hauptversammlung wird vom Feuerwehrrkommandanten einberufen. Sie ist binnen eines Monats einzuberufen, wenn mindestens 1/3 der aktiven Angehörigen der Gemeindefeuerwehr dies schriftlich unter Angabe von Gründen verlangt. Zeitpunkt und die Tagesordnung der Hauptversammlung sind den Mitgliedern sowie dem Oberbürgermeister 14 Tage vor der Versammlung bekanntzugeben.

(3) Die Hauptversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens ein Drittel der aktiven Angehörigen der Gemeindefeuerwehr anwesend ist. Bei Beschlussunfähigkeit kann eine zweite Hauptversammlung einberufen werden, die ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden aktiven Angehörigen der Gemeindefeuerwehr beschlussfähig ist. Beschlüsse der Hauptversammlung werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Auf Antrag ist geheim abzustimmen.

(4) Über die Hauptversammlung wird eine Niederschrift gefertigt. Dem Oberbürgermeister ist diese Niederschrift auf Verlangen vorzulegen.

(5) Für die Abteilungsversammlung gelten die Abs. 1 bis 4 sinngemäß. Die Abteilungsversammlung wählt die auf die Abteilung entfallenen Mitglieder im Sinne des § 15 Abs. 9.

§ 17

Wahlen

(1) Die nach dem Feuerwehrgesetz und dieser Satzung durchzuführenden Wahlen werden vom Feuerwehrrkommandanten geleitet. Steht er selbst zur Wahl, bestellen die Wahlberechtigten einen Wahlleiter.

(2) Wahlen werden geheim mit Stimmzettel vorgenommen. Soweit nach dem Feuerwehrgesetz zulässig, kann offen gewählt werden, wenn kein Mitglied widerspricht.

(3) Bei der Wahl des Feuerwehrrkommandanten und seines Stellvertreters ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Wahlberechtigten erhalten hat. Wird diese Stimmenzahl nicht erreicht, findet eine Stichwahl zwischen den beiden Bewerbern mit den meisten Stimmen statt, bei der die einfache Mehrheit entscheidet. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Steht nur ein Bewerber zur Wahl und erreicht dieser im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit nicht, findet ein zweiter Wahlgang statt, in der der Bewerber mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Wahlberechtigten erhalten muss.

(4) Die Wahl der Mitglieder des Feuerwehrausschusses wird als Mehrheitswahl ohne das Recht der Stimmenhäufung durchgeführt. Jeder Wahlberechtigte hat soviel Stimmen, wie Ausschussmitglieder zu wählen sind. In den Feuerwehrausschuss sind diejenigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr gewählt, die die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

(5) Die Niederschrift über die Wahl des Feuerwehrrkommandanten und seines Stellvertreters ist innerhalb einer Woche nach der Wahl dem Oberbürgermeister zur Vorlage an den Gemeinderat zu über-

geben. Stimmt der Gemeinderat der Wahl nicht zu, findet innerhalb eines Monats eine Neuwahl statt.

(6) Kommt binnen eines Monats die Wahl des Feuerwehrrkommandanten oder seines Stellvertreters nicht zustande oder stimmt der Gemeinderat der Wahl nicht zu, so hat der Feuerwehrausschuss dem Oberbürgermeister ein Verzeichnis aller Angehörigen der Feuerwehr vorzulegen, die sich auf Grund ihrer Ausbildung und Bewährung im Feuerwehrdienst zur Ernennung eignen.

(7) Für die Wahl in den Abteilungen (z. B. des Abteilungskommandanten, seines Stellvertreters und der Mitglieder des Abteilungsausschusses) gelten die Abs. 1 und 6 sinngemäß.

§ 18

Sondervermögen für die Kameradschaftspflege (Kameradschaftskasse)

(1) Für die Feuerwehr wird ein Sondervermögen für die Kameradschaftspflege und die Durchführung von Veranstaltungen gebildet.

(2) Das Sondervermögen besteht aus

1. Zuwendung der Gemeinde und Dritter,
2. Erträge aus Veranstaltungen,
3. sonstige Einnahmen,
4. mit Mitteln des Sondervermögens erworbene Gegenstände.

(3) Der Feuerwehrausschuss stellt mit Zustimmung des Oberbürgermeisters einen Wirtschaftsplan auf, der alle im Haushaltsjahr zur Erfüllung der Aufgaben der Kameradschaftskasse voraussichtlich eingehenden Einnahmen und zu leistende Ausgaben enthält. Ausgaben können nur gegenseitig oder einseitig deckungsfähig erklärt werden. Über- und außerplanmäßige Ausgaben können zugelassen werden, wenn ihre Deckung gewährleistet ist. Außerplanmäßige Ausgaben bedürfen der Zustimmung des Oberbürgermeisters. Verpflichtungen zur Leistung von Ausgaben in künftigen Haushaltsjahren dürfen nur eingegangen werden, wenn der Wirtschaftsplan dazu ermächtigt.

(4) Über die Verwendung der Mittel beschließt der Feuerwehrausschuss. Der Feuerwehrausschuss kann den Feuerwehrrkommandanten ermächtigen, über die Verwendung der Mittel bis zu einer bestimmten Höhe oder einem festgelegten Zweck zu entscheiden. Der Feuerwehrrkommandant vertritt bei Ausführung des Wirtschaftsplans den Oberbürgermeister.

(5) Die Kameradschaftskasse ist jährlich mindestens einmal von zwei Rechnungsprüfern, die von der Hauptversammlung auf fünf Jahre bestellt werden, zu prüfen. Der Rechnungsabschluss ist dem Oberbürgermeister vorzulegen.

(6) Spenden an die Kameradschaftskasse (nicht steuerlich abzugsfähig) über 25 • dürfen nur vom Feuerwehrrkommandanten oder seiner Stellvertretung entgegengenommen werden.

Über die Annahme entscheidet der Feuerwehrausschuss. Im Rechnungsabschluss sind Spenden gesondert aufzuführen.

(7) Für die Abteilungen und den Spielmannszug werden ebenfalls Sondervermögen im Sinne des Abs. 1 gebildet. Die Abs. 1 bis 6 gelten entsprechend; an die Stelle des Feuerwehrrkommandanten, des Feuerwehrausschusses und der Hauptversammlung treten der Abteilungskommandant, der Abteilungsausschuss und die Abteilungsversammlung. Die Jugendfeuerwehren können Unterkassen führen.

§ 19

Inkrafttreten

(1) Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Feuerwehrsatzung vom 14. Mai 1998 außer Kraft.

Hinweis: Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Stadt geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung verletzt worden sind.
Aalen, 22. Dezember 2006
gez. Gerlach
Oberbürgermeister

Öffentliche Bekanntmachungen

Feuerwehrentschädigungssatzung

Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr Aalen - Feuerwehrentschädigungssatzung -

Auf Grund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in Verbindung mit § 15 des Feuerwehrgesetzes für Baden-Württemberg hat der Gemeinderat der Stadt Aalen am 21.12.2006 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Entschädigung für Einsätze

Die ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr Aalen erhalten für Einsätze auf Antrag ihre Auslagen und ihren Verdienstausschlag als Aufwandsentschädigung nach einem einheitlichen Durchschnittssatz ersetzt. Dieser beträgt für jede volle Stunde 10 Euro.

Der Berechnung der Zeit ist die Dauer des Einsatzes von der Alarmierung bis zum Einsatzen zugrunde zu legen. Angefangene Stunden werden auf volle Stunden aufgerundet. Für die Reinigung der persönlichen Ausrüstungen können je Feuerwehrangehörigen höchstens zwei Stunden hinzugerechnet werden, sofern der Nachweis hierzu erbracht wird.

Personen, die keinen Verdienst haben und den Haushalt führen (§ 15 Abs. 1 Satz 3 FWG), erhalten eine Aufwandsentschädigung in entsprechender Anwendung des Absatzes 1.

Für Einsätze mit einer Dauer von mehr als zwei aufeinander folgenden Tagen wird der entstehende Verdienstausschlag und die notwendigen Auslagen in tatsächlicher Höhe ersetzt (§ 15 Abs. 4 FWG). Dies gilt sinngemäß auch für mehrere aufeinander folgende Einsätze in Folge eines Naturereignisses.

§ 2

Entschädigung für Aus- und Fortbildungslehrgänge

Für die Teilnahme an Aus- und Fortbildungslehrgängen mit einer Dauer bis zu zwei aufeinanderfolgenden Tagen wird auf Antrag als Aufwandsentschädigung für Auslagen ein einheitlicher Durchschnittssatz nach § 1 Abs. 1 der Satzung je Stunde ersetzt. Wenn kein Verdienstausschlag entsteht, wird pro Stunde 1,50 Euro ersetzt. Pauschal pro Tag 12 Euro. Personen, die keinen Verdienst haben und den Haushalt führen (§ 15 Abs. 1 Satz 3 FWG) erhalten eine Aufwandsentschädigung für Auslagen in entsprechender Anwendung des § 1 Abs. 1.

Bei Aus- und Fortbildungslehrgängen außerhalb des Stadtgebietes erhalten die ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr neben der Aufwandsentschädigung nach § 1 Abs. 1 eine Fahrtkostenerstattung der 2. Klasse Deutsche Bundesbahn oder eine Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung in entsprechender Anwendung des Landesreisekostengesetzes in seiner jeweiligen Fassung.

Für Aus- und Fortbildungslehrgänge mit einer Dauer von mehr als zwei aufeinanderfolgenden Tagen werden der entsprechende Verdienstausschlag und die notwendigen Auslagen in tatsächlicher Höhe ersetzt (§ 15 Abs. 4 FWG). Wenn der Verdienstausschlag nicht nachweisbar ist, wird pro Tag ein Betrag von 118 Euro gewährt.

§ 3

Zusätzliche Entschädigung

Die in der Anlage genannten ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr, die durch ihre Tätigkeiten über das übliche Maß hinaus Feuerwehrdienst leisten, erhalten eine Entschädigung im Sinne des § 15 Abs. 2 des FWG (Funktionsentschädigung).

Der Feuerwehrrkommandant kann im Einzelfall im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister für weitere ehrenamtlich tätige Angehörige der Gemeindefeuerwehr, die über das übliche Maß hinaus Feuerwehrdienst leisten, eine Entschädigung in entsprechender Anwendung des § 1 Abs. 1 festsetzen.

Für die Aufwandsentschädigung der Untersuchung G 26 wird ein Pauschalersatz von 12 Euro geleistet.

Soweit ein Einsatz über vier Stunden geht, hat der Feuerwehrmann Anspruch auf Verpflegung in Naturalleistung. Soweit eine solche Leistung nicht möglich ist, wird ein Essenszuschuss gewährt in Höhe des in § 1 Abs. 1 genannten Betrages.

Für die Teilnahme an einer Ausschusssitzung wird eine Aufwandsentschädigung von 6 Euro gewährt.

§ 4

Aufwandsentschädigung für den Bereitschaftsdienst

Wird vom Feuerwehrrkommandant ein Bereitschaftsdienst festgelegt, so beträgt

die Höhe der Entschädigung die Hälfte des in § 1 Abs. 1 festgesetzten Satzes.

§ 5

Übungsentschädigung/ Sicherheitswachen

Die pauschale Aufwandsentschädigung für Übungen beträgt pro Übung 1,50 Euro.

Die Aufwandsentschädigung für die Übernahme einer angeordneten Sicherheitswache richtet sich nach § 1 Abs. 1.

§ 6

Entschädigung für Lehrgänge

Für die Teilnahme an Lehrgängen auf Kreisebene (z. B. Atemschutzgeräteträger, Maschinisten, Sprechfunke, Truppführer) wird eine einmalige pauschale Aufwandsentschädigung von 50 Euro gewährt.

§ 7

Entschädigung für Diensthabenden

Für die Übernahme der Funktion "Diensthabender" des Funk- und Bereitschaftsdienstes erhalten die vom Feuerwehrrkommandanten eingeteilten Feuerwehrangehörigen zusammen eine monatliche Entschädigung von 1170 Euro. Die Aufteilung der Entschädigung erfolgt nach dem Maß der Inanspruchnahme.

§ 8

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Feuerwehrrsatzung über die Entschädigung der ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr Aalen vom 18.06.1998 mit Änderungen vom 30.07.1998, 11.05.2000, 14.09.2000 und 29.11.2001 außer Kraft.

Anlage zu § 3 Abs. 1 und 2 der Feuerwehrentschädigungssatzung

Die ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr Aalen erhalten folgende jährliche Entschädigungen:

Funktion	Entschädigungsbetrag
Stv. Kommandant/en	620 Euro
Kassierer der Gesamtwehr	310 Euro
Schriftführer Gesamtwehr	155 Euro
Stadtjugendfeuerwehrwart	200 Euro
Spielmannszugführer Aalen	460 Euro
Zugführer vom Dienst	540 Euro

Abteilung Aalen

Abteilungskommandant	1 230 Euro
Stv. Abteilungskommandant	385 Euro
Jugendfeuerwehrwart	250 Euro

Abteilung Dewangen

Abteilungskommandant	490 Euro
Stv. Abteilungskommandant	170 Euro
Gerätewart	415 Euro
Jugendfeuerwehrwart	250 Euro

Abteilung Ebnat-Waldhausen

Abteilungskommandant	770 Euro
Stv. Abteilungskommandant	230 Euro
Gerätewart	665 Euro
Jugendfeuerwehrwart	250 Euro

Abteilung Fachsenfeld

Abteilungskommandant	490 Euro
Stv. Abteilungskommandant	170 Euro
Gerätewart	415 Euro
Jugendfeuerwehrwart	250 Euro

Abteilung Unterkochen

Abteilungskommandant	770 Euro
Stv. Abteilungskommandant	230 Euro
Gerätewart	665 Euro
Jugendfeuerwehrwart	250 Euro

Abteilung Wasseralfingen-Hofen

Abteilungskommandant	770 Euro
Stv. Abteilungskommandant	230 Euro
Gerätewart	665 Euro
Jugendfeuerwehrwart	250 Euro

Übungsleiterentschädigung

Betreuung der Atemschutzübungsstrecke 18 Euro

Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Stadt geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen.

Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung verletzt worden sind.

Aalen, 22. Dezember 2006
gez.
Gerlach
Oberbürgermeister

Öffentliche Bekanntmachungen

Bebauungsplan/Satzung über örtliche Bauvorschriften/Inkrafttreten

Änderung bauordnungsrechtliche Festsetzungen Beckenhalde-Nord I (Dachfarben)

Inkrafttreten des Bebauungsplanes "Änderung bauordnungsrechtlicher Festsetzungen, Beckenhalde-Nord I" im Planbereich 65-01, Plan Nr. 65-01/1 vom 23. März 2006 in Aalen-Dewangen und der Satzung über bauordnungsrechtliche Vorschriften für das Plangebiet, Plan Nr. 65-01/1

Aufgrund von § 10 des Baugesetzbuches in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Juni 2005 (BGBl. I S. 1818), § 74 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 08. August 1995 (GBl. S. 617) zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Dezember 2004 (GBl. S. 895), § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24. Juli 2000 (GBl. S. 581), der Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466) und der Planzeichenverordnung (PlanzV) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I 1991 S. 58) hat der Gemeinderat der Stadt Aalen in öffentlicher Sitzung am 21. Dezember 2006 die folgenden **Satzungen** beschlossen:

§ 1

Räumlicher Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschriften ergibt sich aus dem zeichnerischen Teil des Bebauungsplanes vom 23. März 2006.

§ 2

Bestandteile der Satzungen

1. Der Bebauungsplan (Stadtplanungsamt / Stadtmessungsamt Aalen) besteht aus dem
 - * zeichnerischen Teil vom 23. März 2006 und
 - * textlichen Teil vom 23. März 2006 jeweils mit planungsrechtlichen Festsetzungen gemäß § 9 BauGB.
2. Die örtlichen Bauvorschriften gemäß § 74 LBO bestehen aus dem

- * zeichnerischen Teil vom 23. März 2006 und
- * textlichen Teil vom 23. März 2006.

§ 3

Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 75 LBO handelt, wer den aufgrund von § 74 LBO erlassenen bauordnungsrechtlichen Vorschriften zuwiderhandelt.

§ 4

Inkrafttreten der Satzungen

Der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften treten mit der ortsüblichen Bekanntmachung nach § 10 Abs. 3 BauGB in Kraft.

Durch diesen Bebauungsplan wird folgender Bebauungsplan, nur in dieser einen **bauordnungsrechtlichen Vorschrift überlagert und aufgehoben:**

Bebauungsplan "Beckenhalde-Nord I" im Planbereich 65-01, Plan Nr. 65-01 vom 05.11.2002 in Aalen-Dewangen, in Kraft getreten am 16.04.2003.

Der Bebauungsplan ist aus dem Flächennutzungsplan entwickelt und bedarf nicht der Genehmigung des Regierungspräsidiums Stuttgart gemäß § 10 Abs. 2 BauGB.

Der Bebauungsplan und die Begründung sowie die Satzung über örtliche Bauvorschriften können während der Dienststunden beim Stadtplanungsamt Aalen (Rathaus Aalen, Marktplatz 30, 4. Stock) eingesehen werden.

Die vorstehend genannten Unterlagen können auch bei der Geschäftsstelle in Aalen-Dewangen eingesehen werden. Jedermann kann über diesen Plan und dessen Inhalt Auskunft verlangen.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 des BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2141), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.06.2005 (BGBl. I S. 1818), über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bis-

her zulässige Nutzung durch diesen Bebauungsplan und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Außerdem wird darauf hingewiesen, dass:

- * eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder von aufgrund der GemO erlassenen Verfahrensvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung nach § 4 Abs. 2 GemO in dem dort bezeichneten Umfang unbeachtlich ist, wenn sie nicht schriftlich und unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, innerhalb eines Jahres geltend gemacht worden sind;

- * eine etwaige beachtliche Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften gem. § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1-3 des Baugesetzbuches (BauGB),
- * eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 etwaige beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und

- * etwaige beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs gem. § 214 Abs. 3 Satz 2 des Baugesetzbuches (BauGB) beim Zustandekommen dieser Satzung nach § 215 Abs. 1 BauGB

unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb von zwei Jahren seit Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen. Die Unbeachtlichkeit der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften ist nicht gegeben, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung und die Bekanntmachung der Satzungen verletzt worden sind.

Aalen, 22. Dezember 2006

Bürgermeisteramt Aalen

gez. Gerlach

Oberbürgermeister

eines Garagen- und Stellplatzbaufestsetzers;

- * Anbindung des rückwärtigen Bauplatzes auf dem Flurstück 240 der Gemarkung Dewangen und Vergrößerung des Baufensters um 2 Meter in nördliche Richtung und Festlegung absoluter EFH-Höhen für die künftige Bebauung im Quartier östlich der Alten Fachsenfelder Straße;

- * Änderung der Einmündung Alte Fachsenfelder Straße in die künftige Haupterschließung des Gebiets;

- * Anpassung der Altersbeschränkung öffentlicher Spielplätze (Alte Fachsenfelder Straße);

- * Erweiterung der Festsetzung zu den zulässigen Dachformen am westlichen Rand.

Gemäß § 4a Abs. 3 BauGB können Stellungnahmen nur zu den geänderten und ergänzten Teilen des Bebauungsplanentwurfes während der Auslegungsfrist schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden.

Aalen, 22. Dezember 2006

Bürgermeisteramt

gez. Gerlach

Oberbürgermeister

Änderung/Abwasserbeseitigung

Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung vom 15.12.2005

Aufgrund von § 45 b Abs. 4 des Wassergesetzes für Baden-Württemberg (WG), §§ 4 und 11 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) und §§ 2, 13, 17, 20 und 42 des Kommunalabgabengesetzes für Baden-Württemberg (KAG) hat der Gemeinderat am 21.12.2006 folgende

Satzung zur Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung vom 15.12.2005 beschlossen.

I.

1. § 39 (Höhe der Abwassergebühr) erhält folgende Fassung:

(1) Die Abwassergebühr bei Einleitungen nach § 37 beträgt je m³ Abwasser 2,81 €.

(2) Wird Abwasser in öffentliche Kanäle eingeleitet, die nicht an ein Klärwerk angeschlossen sind, beträgt die Gebühr je m³ Abwasser 1,26 €.

2. § 16 Abs. 1 (Herstellung, Änderung und Unterhaltung der Grundstücksentwässerungsanlagen) wird wie folgt ergänzt:

Der Eigenbetrieb kann, zusammen mit dem Grundstücksanschluss, einen Teil der Grundstücksentwässerungsanlage, vom Grundstücksanschluss bis einschließlich des Prüfschachts, herstellen oder erneuern. Die insoweit entstehen-

den Kosten hat der Grundstückseigentümer zu tragen. § 13 Abs. 2 gilt entsprechend.

II.

1. Diese Satzung tritt am 1. Januar 2007 in Kraft.

2. Gleichzeitig treten die entsprechenden Bestimmungen der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung in der Fassung vom 15.12.2005 außer Kraft.

Aalen, 22. Dezember 2006

gez.

Gerlach

Oberbürgermeister

Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder auf Grund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Stadt Aalen geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Bebauungsplan/Satzung über örtliche Bauvorschriften/Öffentliche Auslegung

Beckenhalde-Nord II

Öffentliche Auslegung der Neufassung des Bebauungsplanentwurfes "Beckenhalde-Nord II" in den Planbereichen 60-01, 60-04, 65-03 und 65-01 in Aalen-Dewangen, Plan Nr. 65-01/2 vom 5. Oktober 2006/21. Dezember 2006 (Stadtplanungsamt Aalen/Stadtmessungsamt Aalen) und Begründung mit Umweltbericht vom 5. Oktober 2006/21. Dezember 2006 (Stadtplanungsamt Aalen) sowie Grünordnungsplan vom 5. Oktober 2006 (Grünflächen- und Umweltamt) und der Satzung über örtliche Bauvorschriften für das Bebauungsplangebiet, Plan Nr. 65-01/2

Der Gemeinderat der Stadt Aalen hat in seiner Sitzung am 21. Dezember 2006 die Neufassung des o. g. Bebauungsplanentwurfes sowie den Entwurf der Satzung über örtliche Bauvorschriften gebilligt. Das geplante Wohngebiet "Beckenhalde-Nord II" liegt am nördlichen Ortsrand von Dewangen und wird wie folgt abgegrenzt: **im Norden** durch den Rotsoldbach, einschließlich eines 10 m breiten Gewässerandrastreifens in Richtung Norden; **im Osten** durch das Flst. 459, bzw. die vorgesehene Grenze auf dem Flst. 242; **im Süden** den nördlichen Rand der Treppacher Straße bzw. die Nordgrenze der Flst. 3; 2/2; 2; 4/6; 11; 466/1; 4/4; 4/3; 21; 21/1; 21/5; 21/6;

im Westen entlang der östlichen Grünzone des Gebietes "Beckenhalde-Nord I". Die genaue Abgrenzung des Planungsgebietes ist aus dem ausgelegten Bebauungsplanentwurf ersichtlich.

Für die Belange des Umweltschutzes nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 und § 1a BauGB wird eine Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet werden.

Durch diesen Bebauungsplan und die Satzung über örtliche Bauvorschriften soll teilweise der Bebauungsplan "Schwarzfeld" Plan Nr. 60-01, genehmigt mit Erlass vom 27. Juli 1964, aufgehoben werden, soweit dieser vom Geltungsbereich des Bebauungsplanes Plan Nr. 65-01/2 überlagert wird.

Durch diesen Bebauungsplan und die Satzung über örtliche Bauvorschriften soll teilweise der Bebauungsplan "Beckenhalde-Nord I" Plan Nr. 65-01, in Kraft getreten am 16. April 2003, aufgehoben

werden, soweit dieser vom Geltungsbereich des Bebauungsplanes Plan Nr. 65-01/2 überlagert wird.

Der Entwurf des Bebauungsplanes mit Textteil und der Entwurf der Satzung über örtliche Bauvorschriften, die Begründung zum Bebauungsplan mit Umweltbericht sowie der Grünordnungsplan sind in der Zeit vom **5. Januar 2007 bis 19. Januar 2007**, je einschließlich, im Rathaus in 73430 Aalen, Marktplatz 30, Schaukasten auf dem Flur des 4. Obergeschosses (im Bereich des Stadtmessungsamtes Aalen) zwischen den Zimmern Nr. 415 und 416 bzw. an der Wand zwischen den Zimmern Nr. 418 und Nr. 422 während der üblichen Dienststunden öffentlich zu jedermanns Einsichtnahme ausgelegt.

Zur gleichen Zeit können die Unterlagen auch bei der Geschäftsstelle in Aalen-Dewangen eingesehen werden.

Neben einer kleineren redaktionellen Ergänzung hinsichtlich Baugrundverhältnisse (Hinweis im Bebauungsplan) wurden folgende Änderungen gegenüber dem Bebauungsplanentwurf in der Fassung vom 23. Januar 2006 vorgeschlagen:

- * Änderungen bezüglich der Stromversorgung für das Plangebiet und Fußwegeverbindung im Bereich des Flst. 465/2 der Gemarkung Dewangen (in Verlängerung des Stichweges "2");
- * Entwässerung der Bauplätze auf den Flurstücken 4/1 und 4/5 der Gemarkung Dewangen;
- * Geänderte Höhenlage der Hauptschließungsstraße "A" und Neuorganisation des Wendebereiches der Alten Fachsenfelder Straße;
- * Flst. 240/1 der Gemarkung Dewangen - Vergrößerung des Baufensters um 2 Meter in westlicher Richtung/Ausweisung



Gottesdienste

Katholische Kirchen:

Samstag, 30. Dezember 2006

Peter- und Paul-Kirche: 18.30 Uhr Vorabend-Eucharistiefeier; **St. Bonifatius (Hofherrnweiler):** 18.30 Uhr Eucharistiefeier mit Kindersegnung; **St. Thomas (Unterrombach):** 10 Uhr Eucharistiefeier.

Sonntag, 31. Dezember 2006

Marienkirche: 9 Uhr Eucharistiefeier, 11.15 Uhr Eucharistiefeier - Dreikönigsingen (Kindersegnung), 18 Uhr Eucharistiefeier mit Jahresschluss; **St. Augustinus-Kirche (Triumphstadt):** keine Eucharistiefeier; **St. Elisabeth-Kirche (Grauleshof):** 10 Uhr Eucharistiefeier; **St. Michaels-Kirche (Pelzwasen):** 10.30 Uhr Eucharistiefeier kroatisch/deutsch, 17 Uhr Dankfeier der Kroaten; **Salvator-Kirche:** 10.30 Uhr Eucharistiefeier mit Kindersegnung, 16.30 Uhr Eucharistiefeier der tamil. Gemeinde, 18 Uhr Jahresabschluss-Eucharistiefeier; **Heilig-Kreuz-Kirche:** kein Gottesdienst; **St. Bonifatius (Hofherrnweiler):** 18.30 Uhr Jahresabschlussgottesdienst mitgestaltet vom Kirchenchor; **St. Thomas (Unterrombach):** 10 Uhr Eucharistiefeier mit Kindersegnung.

Montag, 1. Januar 2007

Marienkirche: 9 Uhr - Messe entfällt (St. Michael), 11.15 Uhr Eucharistiefeier; **St. Augustinus-Kirche (Triumphstadt):** 19 Uhr Eucharistiefeier; **St. Elisabeth-Kirche (Grauleshof):** 10 Uhr Eucharistiefeier; **St. Michaels-Kirche (Pelzwasen):** 9 Uhr Eucharistiefeier; **Salvator-Kirche:** 10.30 Uhr Eucharistiefeier; **Ostalb-**

klinikum: 9.15 Uhr Wortgottesfeier; **Heilig-Kreuz-Kirche:** 9.15 Uhr Eucharistiefeier; **St. Bonifatius (Hofherrnweiler):** kein Gottesdienst; **St. Thomas (Unterrombach):** 10 Uhr Eucharistiefeier.

Evangelische Kirchen:

Sonntag, 31. Dezember 2006

Stadtkirche: 18 Uhr Gottesdienst, 22 Uhr Silvester-Nachtkonzert; **Ostalb-klinikum:** 9.15 Uhr Gottesdienst; **Markuskirche (Hüttfeld):** 17 Uhr Gottesdienst; **Martinskirche (Pelzwasen):** 18.30 Uhr Gottesdienst; **Johanneskirche:** 10 Uhr Gottesdienst; **Christuskirche (Unterrombach):** 10 Uhr Gottesdienst, 19 Uhr Gottesdienst; **Martin-Luther-Saal (Hofherrnweiler):** kein Gottesdienst.

Montag, 1. Januar 2007

Stadtkirche: 10 Uhr Gottesdienst; **Ostalb-klinikum:** 9.15 Uhr Katholischer Gottesdienst; **Christuskirche (Unterrombach):** 11 Uhr Gottesdienst; **Martin-Luther-Saal (Hofherrnweiler):** kein Gottesdienst.

Kurzfristige Änderungen sind möglich. Die übrigen Gottesdienste der Kirchen und Konfessionen entnehmen Sie bitte der Tageszeitung.

Begegnungsstätte

Am Sonntag, 31. Dezember 2006 findet eine geschlossene Veranstaltung statt. Unser Haus ist bis Sonntag, 7. Januar 2007 nicht geöffnet.

Immissionsdaten der LfU-Messstation Aalen vom 27.11. bis 20.12.2006

Werte in mg pro m³ Luft	NO ₂	SO ₂	CO	PM10-Staub	O ₃
max. 1-h-Mittelwert	0,064	0,053	1,5 *	0,064 **	0,070
Grenzwerte der 22. BImSchV bzw. Schwellenwerte der 33. BImSchV	0,200	0,350	10,0	---	0,180
max. 24-h-Mittelwert	0,046	0,021	0,9	0,065	0,044
Grenzwerte der 22. BImSchV bzw. Schwellenwerte der 33. BImSchV	0,100	0,125	---	0,050	---
SO ₂ = Schwefeldioxid NO ₂ = Stickstoffdioxid PM10-Staub = Stauberfassung mittels β-Absorption CO = Kohlenmonoxid O ₃ = Ozon					
* 8-Stundenmittelwert ** 3-Stundenmittelwert					
Bei Rückfragen steht Ihnen Johannes Kiefer, Telefon: 07361 52-1609, zur Verfügung.					